



IFK unterstreicht Forderungen an die Gesundheitspolitik

Erschienen am 24.01.2014

Der Bundesverband selbstständiger Physiotherapeuten – IFK e.V. hat in Berlin seine Forderungen an die Gesundheitspolitik untermauert. Im Gespräch mit führenden Politikern im Gesundheitswesen konnte der Verband deutlich machen, was die Physiotherapie bewegt und welche Reformen dringend notwendig sind.

So fordert der IFK prioritär den Wegfall der Grundlohnsummenbindung bei den Vergütungen für Physiotherapeuten, Schritte hin zum direkten Zugang der Patienten zum Therapeuten sowie eine weitere Professionalisierung der Berufe – etwa dadurch, die Berufsgesetze mit Blick auf den erwähnten Direct Access zu ändern und die Physiotherapie schrittweise weiter zu akademisieren.

IFK-Vorsitzende Ute Repschläger und IFK-Geschäftsführer Dr. Frank Dudda trafen in Berlin u.a. auf den neuen Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe, CDU (siehe Foto, rechts), sowie auf den neuen Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses Dr. Edgar Franke (SPD) und die jeweiligen gesundheitspolitischen Sprecher Jens Spahn (CDU/CSU), Maria Klein-Schmeink (Bündnis 90/Die Grünen), Hilde Mattheis (SPD) und das federführende Ausschuss-Mitglied der Fraktion Die Linke, Kathrin Vogler